Nr. 5 1. Ausgabe Sonntag, 6. Januar 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung
Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 8 97, Expedition Nr. 13 6 58, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen
Die einspaltige Petitzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf. Tabellen- oder Ziffernsatz mit 50 Proz. Preisaufschlag. Die zweispaltige Reklamezeile 1,00 Mk., mit Platzvorschrift 2 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Rabatt nach Tarif. Chiffregebühr 20 Pf. Auf viele Preise werden 50 Prozent Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Aufgabe und Abholung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist ausgeschlossen. Unsere Dresdner und auswärtigen Annoncenbureaus sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und Rabatten an.

Bezugspreis
Im Dresdner Bestellbezirk monatlich 1,20 Mk., vierteljährlich 3,60 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 1,35 Mk., vierteljährlich 4,05 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 25 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 1,20 Mk. vierteljährl. 3,60 Mk.
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 1,45 „ „ 4,35 „
In Oesterreich-Ungarn
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 2,10 Kr., vierteljährl. 6,45 Kr.
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 2,30 „ „ 6,90 „

Rückkehr der Russen mit Trotzkij nach Brest-Litowsk

Erfolgreiche Erkundung östlich von Bullecourt — Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands durch Schweden
Wieder 21000 Tonnen versenkt

Unaufgeklärte Intrigen?

(Privattelegramm)

+ Berlin, 5. Januar

Zu dem Zwischenfall von Brest-Litowsk wird von eingeweihter Seite mitgeteilt: Die Nachrichten in der neutralen Presse über die Erklärungen der russischen Vertreter vom 28. Dezember sind ausweislich der stenographischen Protokolle von Brest-Litowsk durchaus unzutreffend. Die russischen Vertreter haben sich im Gegenteil trotz allen Bedenken damit einverstanden erklärt, daß die derzeitigen staatlichen Vertretungen in den besetzten Gebieten, also in Polen, Litauen und Kurland, als die präsumptiven Gewalten anzusehen sind, die die Vorbereitungen für die Volksabstimmungen zu treffen haben. Allerdings haben die russischen Vertreter eine neuere Erklärung und Umschreibung der Befugnisse dieser Gewalten verlangt, und es ist eine besondere Kommission eingesetzt worden, um das Nähere darüber zu vereinbaren. Der Reichskanzler hält nach den den Abgeordneten inzwischen gegebenen Aufklärungen nach wie vor fest an der völlig loyalen Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, denen in besetzten Gebieten die volle Freiheit der Abstimmung gewährt werden soll. Diese Abstimmung soll und braucht erst stattzufinden, nachdem die Gebiete von unsern Truppen geräumt sind. Voraussetzung für die Räumung durch unsre Truppen ist allerdings die vorhergehende Demobilisierung der russischen Armee. Es ist also auch die Darstellung unrichtig, daß die Volksabstimmung unter dem Drucke der deutschen Waffen erfolgen soll. Wie die irreführende Nachricht aus Petersburg in der Kopenhagener „Politiken" zu erklären ist, konnte bisher nicht festgestellt werden. Möglicherweise handelt es sich hierbei um eine bewußte Fälschung. Im übrigen ist es auch nicht richtig, wenn nach derselben Quelle die Weigerung des Vorsitzenden der in Petersburg zusammengetretenen Kommission für Erörterung von Einzelfragen des Friedens, des auch in Deutschland nicht unbekannten Radek, über Wirtschaftsfragen zu verhandeln, mit der illoyalen Ausführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch Deutschland begründet worden sei. Die Weigerung, über die Wirtschaftsfragen zu verhandeln, ist von Radek lediglich mit der Maßnahmerhaftung von angeblich 200 Sozialdemokraten in Deutschland begründet worden. Diese Annahme beruht aber auf einer völlig irrtümlichen Voraussetzung. Tatsächlich handelt es sich nur um einige wenige, die an den Fingern einer Hand abzuzählen sind, und deren Verhaftung wegen schweren Spionageverdachts erfolgte.

Die Kommissionen über die Regelung der Gefangenenfürsorge, des Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesens tagen in Petersburg gegenwärtig noch weiter.

Die Verhandlungen mit den ukrainischen Delegierten haben bisher einen günstigen Verlauf genommen.

Besprechungen der Parteien

Nach den Erklärungen des Kanzlers in der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses einigte man sich, die Sitzung auf heute morgen 10 Uhr zu vertagen. Auf Veranlassung der Reichsregierung wird aber der Ausschuß, wie verlautet, erst um 5½12 Uhr zusammentreten. Der Grund zu dieser Verschiebung soll darin liegen, daß der Reichskanzler Graf Hertling die Parteiführer auf 10 Uhr zu Besprechungen zu sich gebeten hat. Der Wunsch der Reichsleitung, auch angesichts des Zwischenfalles in Brest-Litowsk in enger Fühlung mit der Volksvertretung vorzugehen, dürfte hieraus deutlich erhellen. — Die Stellungnahme der Parteien zur politischen Lage ist noch nicht völlig geklärt. Man wird voraussichtlich das Ergebnis der Besprechungen beim Kanzler abzuwarten haben. Ueber die bisherigen Erörterungen wird uns berichtet:

Kr. Berlin, 5. Januar. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Ueber die gestrigen Beratungen der Mehrheitsparteien wird uns aus parlamentarischer Quelle gemeldet: Mit Ausnahme der Sozialdemokraten stimmen die Mehrheitsparteien mit dem Grafen Hertling darin überein, daß man den Russen in der Frage des Ortes und der Zeit der Verhandlungen nicht mehr weiter entgegenkommen könne. Verschiedene Auffassungen bestehen vorläufig nur noch über die Erklärungen in Sachen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Wie von fortschrittlicher Seite verlautet, soll aber auch hier eine Einigung dahin zustande gekommen sein, eine Abspaltung der sozialdemokratischen Mehrheit unter allen Umständen zu verhüten. Auch in Zentrumskreisen sprach man in den Abendstunden von einer Klärung der Lage nach dieser Richtung hin. — Bis in die Mitternachtsstunde hielten gestern die Konservativen und das Zentrum Fraktionssitzungen ab. Wie wir vernehmen, war man auf der Rechten überwiegend zuversichtlich gestimmt. Man glaubt, damit rechnen zu dürfen, daß die Parteien sich einmütig in ähnlichem Sinne zusammenfinden werden.

Gestern nachmittag tagte der interfraktionelle Ausschuß. Nach kurzer Besprechung wurden die Beratungen vertagt, weil die sozialdemokratischen Vertreter nähere Aufklärungen von der Regierung einzuholen wünschten. Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei, des Zentrums und der Sozialdemokratie begaben sich darauf zum Kanzler. Am späten Abend fand eine neue interfraktionelle Besprechung statt. Wie die „Voss. Ztg." sagt, haben die Eröffnungen des Grafen Hertling in der gestrigen Ausschußsitzung die Parlamentarier vollkommen überrascht. Man dürfe es als feststehend bezeichnen, daß die Fraktionsführer bis zum letzten Augenblick über die wirkliche Lage im unklaren gelassen worden seien. Es herrsche ziemlich auf allen Seiten eine kritische Stimmung. In einem Berliner Abendblatt wurde gestern behauptet, man rechne mit der Möglichkeit einer Verschiebung der Konstellation zwischen den Reichstagsfraktionen, also offenbar — was nicht ausdrücklich gesagt wurde — mit der Sprengung des Mehrheitsblocks. Nach der „Voss. Ztg." ist diese Ankündigung zum mindesten verfrüht. Die Folgen einer solchen Umgruppierung würden sich nicht allein auf die parlamentarischen Verhältnisse beschränken. Man erwartet, daß die heutigen Verhandlungen des Hauptausschusses einen bedeutsamen Verlauf nehmen werden. Nach dem „Vorwärts" entspricht die Nachricht, daß die Mehrheit auseinandergefallen sei, wenigstens zur Zeit nicht den Tatsachen. Der Versuch der Sozialdemokratie, die vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen, sei noch nicht aufgegeben und könne im gegenwärtigen Augenblicke auch nicht als hoffnungslos gelten. Für den „Vorwärts" liegt die Annahme nahe, daß der Streitpunkt nur vorgeschoben sei. Wäre man einander sachlich nähergekommen, so hätte man sich auch über die Frage, wo weiter verhandelt werden solle, leichter geeinigt. Da man aber am 28. Dezember sachlich sehr weit auseinandergekommen sei, habe die Frage des Verhandlungsortes eine Schärfe gewonnen, die sie sonst nicht hätte annehmen können.

Der türkische Großwesir, der auf dem Wege nach Brest-Litowsk war, traf gestern nachmittag in Berlin ein. Nach einer Besprechung mit dem Reichskanzler und mehreren Unterredungen mit den zur Zeit in Berlin anwesenden türkischen hohen Staatsbeamten entschloß sich der Großwesir, zunächst in Berlin zu bleiben.

Lebhafte Feuerkämpfe im Westen

× Großes Hauptquartier, 5. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz

An der flandrischen Front östlich von Ypern, in einzelnen Abschnitten zwischen Scarpe und Somme sowie in der Gegend von Avocourt und St.-Mihiel entwickelten sich zeitweilig lebhafte Feuerkämpfe. An der übrigen Front blieb die Artillerietätigkeit auf Störungsfeuer beschränkt.

Oestlich von Bullecourt hatte eine gewaltsame Erkundung vollen Erfolg und brachte eine größere Anzahl gefangener Engländer ein.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front

Keine besonderen Ereignisse.

Italienische Front

Zwischen der Kreuta und dem Montello lebte das Artilleriefeuer vorübergehend auf.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Die Antwort des Vierbundes an die Russen

× Brest-Litowsk, 4. Januar

Der Vorsitzende der russischen Delegation hat am 3. d. M. aus Petersburg an die Bevollmächtigten der Vierbundmächte in Brest-Litowsk eine Depesche gerichtet, in der er unter Berufung auf einen Beschluß der Regierung der russischen Republik vorschlägt, die Verhandlungen im neutralen Auslande fortzusetzen. In Erwägung hierauf haben die Delegationen der vier verbündeten Mächte an Herrn Joffe am 4. d. M. telegraphiert, daß sie jede Verlegung des Verhandlungsortes ablehnen, da bindend verabredet worden sei, die Verhandlungen spätestens am 5. d. M. in Brest-Litowsk wieder aufzunehmen.

„Der Frieden wird doch kommen"

× Kopenhagen, 4. Januar

„Efterabladet" schreibt u. a.: „Unter vielem Lärm erfolgte die Einleitung der Friedensverhandlungen. Selbst wenn noch Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, der Frieden wird doch kommen, wenn kein andrer so doch ein Sonderfrieden. Eine Fortsetzung des Krieges im Osten ist eine tatsächliche Unmöglichkeit. Die heftigen Gebärden, mit denen die Bolschewiki jetzt die deutschen Vorschläge zurückweisen, werden den Staatssekretär v. Kühlmann und den Prinzen Leopold, wie wir vermuten, ziemlich kalt lassen. Sie können sich ja beständig auf Hindenburg und seine Soldaten stützen, wenn kein andrer Ausweg möglich ist. Aber sicher wird ein andrer Weg gebahnt. So kluge und gewandte Diplomaten wie Graf Czernin und v. Kühlmann werden trotz den Schwierigkeiten vorwärtsschreiten."

Es wird weiter verhandelt

WTB. Berlin, 5. Januar

Wie der Unterstaatssekretär Freiherr v. d. Busche in der heutigen Sitzung des Hauptausschusses mitteilte, ist gestern abend ein Telegramm aus Petersburg eingetroffen, worin es heißt: „Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet entspricht dem erreichten Stande der Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft Ihrer Delegationen am früheren Orte der Verhandlungen wird unsre Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Trotzkij, morgen nach Brest-Litowsk fahren in der Ueberzeugung, daß eine Verständigung über die Verlegung der Verhandlungen auf neutralen Boden keine Schwierigkeiten machen wird.

Die Engländer in der Ukraine

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet, die Regierung der Sowjets in der Ukraine gewinne dauernd an Ansehen. In Jekaterinoslaw befinde sich die Macht vollständig in den Händen der Sowjets. Die Vorbereitungen zur Absendung von Getreide nach dem Norden würden beschleunigt. Der Einfluß der Bolschewiki dehne sich täglich weiter aus. Ferner berichten die „Times" aus Petersburg: Berichte aus dem Süden bestätigen, daß Charkow ganz in den Händen der Maximalisten ist, die dort ganz ansehnliche Streitkräfte zusammenziehen. Die Kosakenbezirke gaben Kaledin für die Verteidigung ihres Gebietes so gut wie diktatorische Macht. Es kam zu Gefechten zwischen Kosaken, die gegen Kaledin sind, und Anhängern Kaledins. — Der englische Botschafter befürchtet offenbar, daß die englische Diplomatie in der Ukraine zu kurz kommen könne, und trifft deshalb seine Maßnahmen:

* Berlin, 5. Januar. Nachdem der Botschafter Buchanan erst dieser Tage öffentlich erklärt hatte, es beständen keinerlei offizielle Beziehungen zwischen der britischen Regierung und der ukrainischen Rada, wird dem Stockholmer Korrespondenten der „Voss. Ztg." mitgeteilt, am 20. Dezember sei in Kiew ein neues britisches Generalkonsulat mit einer bei Konsulaten sonst nicht üblichen „militär-diplomatischen Abteilung für den Verkehr mit der ukrainischen Zentralrada" eröffnet worden.

Wieder einmal wird gemeldet, daß Buchanan Krankheitshalber von Petersburg abgereist sei. Die englische Kriegsmission sei ebenfalls abgereist.

Frankreichs Finanzinteressen in Rußland

* Genf, 5. Januar

Die Pariser Presse beginnt ihrer Sorge um die Milliardenanleihen in Rußland Luft zu machen, da die französischen Banken seit Tagen keine Nachrichten von ihren Petersburger Filialen besitzen und die Bankoperationen in Rußland vollkommen eingestellt sind. Das „Journal" verlangt eine Regierungsaktion zum Schutze der französischen Finanzinteressen, die das Blatt — in ziemlich optimistischer Schätzung — auf 12 bis 15 Milliarden beziffert. Die französischen Bankkreise wünschen vor allem, daß die Regierung schleunigst eine Finanzdelegation nach Petersburg sende, wo Frankreich eigentlich keinerlei finanzielle Vertretung besitzt.

Schweden und Finnland

× Stockholm, 4. Januar

Der König beschloß im heutigen Ministerrate, Finnland als unabhängigen Staat anzuerkennen.

Zur Erklärung der Litauer

WTB. Berlin, 4. Januar

Zu der gestrigen aus Bern übermittelten Erklärung des litauischen Nationalrates in Lausanne über die Lostrennung Litauens von Rußland wird mitgeteilt, daß sich in der Erklärung insofern ein Irrtum befindet, als die von allen Litauern anerkannte Stelle nicht der Nationalrat in der Schweiz, sondern der litauische Landesrat ist.

Diplomatische Offensive

Von Karl Eugen Schmidt

Für den Zuschauer in Neutralien, der, wie Romain Rolland, gewissermaßen au-dessus de la mêlée ist, scheint nichts sonderbarer als der Unterschied, der zwischen den beiderseitigen Diplomaten waltet: so kühn und angriffslustig die eine, so furchtsam und abwehrend ist die andre, und es ist nicht das am wenigsten Seltsame bei dieser Sachlage, daß es mit der Kriegführung genau umgekehrt ist. Die Deutschen werden dem Geschick niemals genug danken können, das sie zu ebenso guten Soldaten wie schlechten Diplomaten gemacht hat, und vermutlich schulden sie den gleichen Dank für die entgegengesetzten Tugenden und Fehler ihrer Feinde. Denn nur der geschickten französischen und englischen und der schlechten deutschen Diplomatie ist es zuzuschreiben, daß die ganze Welt sich auf die Seite der einen gegen die andern gestellt hat, und wenn unsre Gegner nur halbwegs so gute Soldaten wären, wie sie Diplomaten sind, dann hätte der Krieg lange mit der deutschen Niederlage enden müssen.

Natürlich bildet sich der Zuschauer bei der Politik wie im Theater immer ein, er selbst verstehe die Sache besser als die verantwortlichen Urheber der Geschehnisse, und ebenso natürlich irrt er sich damit und würde vielleicht noch weit gräßlichere Fehler machen, wenn er die Verantwortung tragen sollte. Trotzdem kann ich mich nicht enthalten, meine Verwunderung darüber zu äußern, daß die Deutschen in ihrer Diplomatie nicht den nämlichen Weg einschlagen, der ihnen in der Kriegführung so schöne Erfolge gebracht, und der die Feinde auf dem diplomatischen Gebiete zu den größten Siegen geführt hat.

Warum in aller Welt bleibt die deutsche Diplomatie defensiv und geht niemals zum Angriffe vor, anstatt sich auf die Abwehr und Entschuldigung zu beschränken? Sie braucht ja gar nicht zu lügen und zu schimpfen wie die andern, aber sie könnte doch wenigstens den unverschämten Zumutungen der Gegner mit ganz ähnlichen Begehren entgegentreten. Warum redet sie niemals ein Wort von Irland? Immerfort schwatzen die Engländer und Franzosen von den Elsaß-Lothringern, von den österreichischen Slawen und sogar von den Schleswigern. Könnte man da nicht einfach erwidern, daß man jederzeit bereit sei, allen in Oesterreich und Deutschland lebenden Volksstämmen, seien sie, wer sie seien, genau das nämliche Maß von Selbständigkeit zu geben, das England den Iren geben wird? Oder vielmehr: man wolle erst einmal abwarten, bis Irland soviel Unabhängigkeit und Selbstverwaltung besitze wie Elsaß-Lothringen, um dann noch weiterzugehen?

Und wenn die Feinde ihre komische Absicht erklären, die Eingeborenen der deutschen Kolonien darüber abstimmen zu lassen, welchem Lande sie in Zukunft angehören wollen, kann man da nicht mit Aegypten und Indien mit Algerien und Marokko aufwarten? Ja, muß erst abgewartet werden, daß die andern ihre Unverschämtheiten auspacken, um mit gleicher Münze zu zahlen? Müßte nicht ohne das eine jede öffentliche Kundgebung der Staatsmänner der Mittelmächte einen Hinweis auf Irland, Aegypten und Marokko enthalten? Ganz abgesehen davon, daß man damit auf die Meinung in den neutralen Ländern einwirken könnte was immerhin einen bescheidenen Wert hat, würde es ohne Frage auch sehr gut sein, durch solche Erklärungen die Freunde, die Deutschland in seinem Kampfe gegen England und Frankreich in jenen unterworfenen Ländern hat, zu ermutigen und zu stärken. Wenn zum Beispiel in den deutschen Kundgebungen niemals von Irland die Rede ist, so muß das für die irischen Führer, die von dem gegenwärtigen Kriege die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes erhoffen, äußerst unangenehm und zuwider sein. Die Engländer reiben das den Iren ein und lesen das deutsche Schweigen dahin aus, daß Deutschland um die irische Freiheit sich nicht mehr kümmere als um den Mann im Mond. Ebenso steht es mit Aegypten und überhaupt mit ganz Nordafrika wie mit Indien. Jedes von hohem und verantwortlichem deutschen Orte kommende Wort, das der Freiheit und Selbständigkeit dieser von England oder Frankreich beherrschten Länder allmälig lautet, stärkt den dortigen Gegnern der Engländer das Rückgrat und erschwert somit die Aufgabe unsrer Feinde.

Ganz abgesehen also von sittlichen Erwägungen, scheint es weiter nichts als praktische Klugheit zu sein, die der deutschen Diplomatie eine Offensive in diesen Punkten empfiehlt und der außenstehende Zuschauer braucht sich gerade nicht für ein allwissendes Kirchenlicht zu halten, um sich über die entgegengesetzte Haltung der deutschen Diplomatie zu wundern.

Wilson und Lloyd George

Lloyd George empfing folgende Botschaft des Präsidenten Wilson: „Ich bin sicher, der Dolmetsch der Gefühle und Absichten des Volkes der Vereinigten Staaten, wie meiner eigenen zu sein, wenn ich Ihnen und durch Sie der Regierung und dem Volke Großbritanniens eine Botschaft der Zuneigung und des Entschlusses übersende, weiterhin jede Hand und jede Hilfsquelle in den Vereinigten Staaten für die gebieterische Aufgabe und Pflicht einzusetzen, für die Welt einen ehrenvollen und dauerhaften Frieden zu erkämpfen, der sich auf Gerechtigkeit und Ehre aufbaut und den Völkern der Welt, den großen wie den kleinen, die gleiche Behandlung sichert. Ihre eigene Botschaft im Namen des britischen Kriegskabinetts wird hoch eingeschätzt und findet bei uns freundlichen Widerhall."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1918010601/1